

160.000 Steirer sind armutsgefährdet

Nach dem aktuellen Armutsbericht des Landes sind 160.000 (oder 13,6 Prozent der) Steirer von Armut gefährdet. Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser (SPÖ) fordert nun vehement die Einführung von vermögensbezogenen Steuern.

Armutsgefährdete Personen müssen mit weniger als 980 Euro im Monat ihr Auslangen finden; das durchschnittliche Nettoeinkommen liegt in der Steiermark bei 1.630 Euro. Mit 13,6 Prozent lag die Steiermark im Jahr 2010 über dem Österreich-Schnitt (12,1 Prozent) und unter dem EU-Schnitt (16,4 Prozent), so Landesstatistiker Martin Mayer.

Fast jeder siebente Steirer betroffen

Die Zahl der armutsgefährdeten Steirer hat sich im Vergleich zu den letzten Jahren zumindest nicht erhöht - dennoch ist es ein alarmierendes Zeichen, dass fast jeder siebente Steirer von Armut betroffen ist.

Betroffen von Armut sind vor allem Menschen mit niedriger Bildung oder solche, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen; außerdem ist die ethnische Herkunft entscheidend, zudem sind Frauen stärker betroffen als Männer, sagt Mayer: „Das liegt natürlich vielfach in der Verdienststruktur, aber auch im Bereich der Alleinerzieherinnen, die eine viel höhere Armutsgefährdung haben als die Durchschnittsbevölkerung.“



Foto/Grafik:ORF.at/Birgit Hajek

Armutsgefährdete Personen müssen mit weniger als 980 Euro im Monat ihr Auslangen finden

Schrittwieser für vermögensbezogene Steuern

Würde es Sozialleistungen und Pensionen nicht geben, wären 44 Prozent der Steirer armutsgefährdet - Soziallandesrat Schrittwieser fordert daher vehement die Einführung von vermögensbezogenen Steuern: „Wir haben genug Geld in Österreich, wir müssen nur - vor allem die Bundespolitik ist gefordert - die vermögensabhängigen Steuern endlich einführen, dann haben wir weniger Armutsgefährdete. Denn eines kommt dazu: Diejenigen, die heute Steuern zahlen, also die sogenannte Mittelschicht, die haben ein Höchstmaß an Belastung, da können wir nicht mehr, da müssen wir entlasten. Wenn wir diese vermögensbezogenen Steuern nicht einführen, laufen wir Gefahr, die Sozialleistungen nicht mehr finanzieren zu können, und zu dem darf es auf keinen Fall kommen.“

Wohnbeihilfe, Pendlerpauschale bleiben unangetastet

Im Hinblick auf das Doppelbudget 2013/14, das gerade endverhandelt wird, betont der Soziallandesrat, dass er im Rahmen seines 350 Mio. Euro umfassenden Budgets (ohne Pflege) auch einen „machbaren und erträglichen Beitrag“ leisten werde. Man habe aber schon in den vergangenen Budgets 100 Mio. Euro zur Konsolidierung beigetragen, und

„das große Geld wird bei mir nicht zu holen sein“. Gewisse Leistungen wie etwa die Wohnbeihilfe oder die Pendlerpauschale würden jedenfalls unangetastet bleiben.

Link:

- **Der aktuelle Armutsbericht des Landes im Detail**

<http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10003178_78767818/27cab82010-2012.pdf>

Publiziert am 03.10.2012